

# Platz abbeck

Nr. 5, 19. Juni 2007

**DIE LINKE.KÖLN**

Die Linke.Köln Fraktion im Rat der Stadt Köln  
V.i.S.d.P. Die Linke.Köln, Haus Neuerburg, Gülichplatz 3, 50667 Köln,  
Tel. 221-278 40, Fax 221-278 41, email: DieLinke.Koeln@stadt-koeln.de,  
www.linksfraktion-koeln.de

## End-Geld-Variante **Doppelmoral der Landesregierung**

Es scheint zu Ende zu gehen mit dem Geld für die Arbeitsgelegenheit in der Entgeltvariante. Zur Ratssitzung am 28.9.2006 hatte die Fraktion Die Linke.Köln einen Antrag zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit gestellt. Die Folgen waren ein Expertenhearing der ARGE Köln zum Thema „Neue Beschäftigungsförderung in Köln“ und eine gemeinsame Sondersitzung der Ausschüsse Soziales und Wirtschaft. In dieser Sondersitzung wurde beschlossen, dass „bei der Vermittlung in Integrationsjobs... die Entgeltvariante besonders berücksichtigt werden“ soll.

Auch das „Integrationsprogramm - Neuausrichtung 2007“ fordert ein „insgesamt ausgewogenes Verhältnis zwischen Mehraufwands- und Entgeltvariante“. Von bis zu 1600 Stellen war die Rede.

In einer Antwort der ARGE auf die Anfrage der Fraktion Die Linke.Köln zur Ratssitzung am 15.5.2007 erfuhren die Ratsmitglieder Erstaunliches:

Im Januar 2007 gab es tatsächlich 1662 Plätze für die Entgeltvariante. Danach wurden sie rapide abgebaut, bis auf 949 Stellen Mitte Mai. Geplant ist eine Reduktion auf 300 Stellen. An ihrer Stelle werden im Rahmen des Projektes „Neue Arbeit Köln“ insgesamt 1000 geförderte Stellen im ersten Arbeitsmarkt eingerichtet, zum Teil in der Privatwirtschaft.

Die Fraktion Die Linke Köln freut sich über Arbeitsplätze, die sozialversicherungspflichtig sind und tariflich bezahlt werden. Aber wie lässt sich das Kriterium der Zusätzlichkeit in der Wirtschaft sicher überwachen?

Und: warum wurden nicht statt der Entgeltvariante die 1-Euro-Jobs reduziert? Wer ist verantwortlich für die Missachtung des Beschlusses der beiden Ausschüsse zur Entgeltvariante?

Diese Fragen wird die Fraktion Die Linke.Köln in der letzten Ratssitzung vor der Sommerpause stellen.

*Michael Kellner*

Bisher hat die Stadt Köln öffentliche Aufträge nicht nur an den billigsten Anbieter vergeben. Auch die Frage, ob ein Betrieb ausbildet oder nicht, hat in den Entscheidungen der Stadt eine Rolle gespielt. Nach der Beschwerde der Baufirma Helf hat die Bezirksregierung die Stadt Köln, diese städtische Dienstanweisung nicht mehr anzuwenden.

Im Ausschuss für Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen war der Sachverhalt Thema. Die CDU-geführte Bezirksregierung hatte sich an das Innen- und das Wirtschaftsministerium NRW gewandt. Sie sollten eine rechtliche Regelung erlassen, die Ausbildung als Vergabekriterium eindeutig erlaubt. In der Sitzung wurde den Ausschussmitgliedern mitgeteilt, dass sowohl das Innen- als auch das Wirtschaftsministerium NRW dies ablehnten.

Diese Doppelmoral von CDU und FDP ist unerträglich. Sie versprechen einen Aus-

weg aus der Ausbildungsmisere, wollen aber als öffentliche Hand nicht mal über das Vergaberecht ein kleines Stück selbst dazu beitragen.

Jetzt sollen Kommunen nicht einmal mehr entscheiden dürfen, ob sie ihr Geld an Ausbildungsbetriebe zahlen oder an Unternehmen, die sich ohne jegliche soziale Verantwortung erweisen.

Entweder sind der Landesregierung ihre kommunalen Mandatsträger egal. Dieser Eindruck zeigte sich schon beim Protest der Bürgermeister gegen die Änderung der Gemeindefinanzreform.

Oder die CDU betreibt Arbeitsteilung nach dem Motto: Kommunalpolitiker sind für den sozialen Mantel zuständig, die Landesregierung aber setzt ihre neoliberale Politik knallhart durch.

Der FDP scheinen Ausbildungsplätze ja generell egal zu sein.

*Jörg Detjen*



Während vergangenen Samstag weniger als 200 Rechtsradikale gegen den Neubau der DITIB- Moschee in Ehrenfeld marschierten, hatten sich auf Initiative des DGB 1.000 Menschen zu einer Kundgebung für religiöse Toleranz auf dem Neptunplatz versammelt. Mehr dazu Seite 7.

Nach den – von den Medien genüsslich ausgebreiteten – Gewalttaten Jugendlicher an Karneval, hatte der Rat im Mai ein Expertenhearing zum Thema durchgeführt. Dabei sollte die Situation analysiert werden und über Gegenmaßnahmen diskutiert werden.

Aus Sicht der polizeilichen Kriminalstatistik ist die Zahl der Gewaltdelikte insgesamt angestiegen. Im selben Maß stieg auch die Zahl der jugendlichen Täter. Der Kriminologe Prof. Dr. Walter machte dafür aber in erster Linie eine neue Gesetzeslage (Gewaltschutzgesetz) und ein verändertes Anzeigeverhalten verantwortlich. Die Gesell-

# Hearing gegen Jugendkriminalität enttäuscht

schaft ist gewaltsensibler geworden, mehr Delikte werden angezeigt.

Zum Gefühl, die Jugend werde immer brutaler, tragen maßgeblich die Medien bei, die Jugendgewalt aus Gründen der Auflagenhöhe hochspielten.

Als Rettung in der anscheinend nicht mehr ganz so dramatischen Situation wurde das Stuttgarter „Haus des Jugendrechtes“ angepriesen. (Siehe auch Artikel Mitte Rechts)

Die Beteiligten waren sich darüber einig, dass Kooperation zur Verkürzung der Verfahren auch für die Jugendlichen gut wäre. Der Jugendrichter Herr Riehe sah diese Form aber kritisch. Das Haus des Jugendrechtes sei einfach zu teuer und keine Antwort auf die Frage der sog. „Intensivtäter“. Er sah das Grundproblem in den Ursachen der Jugendkriminalität. Sein Rat: Mehr Geld für die Jugendhilfe ausgeben!  
*Andrea Kostolnik*

## Jugendliche im Abseits?

Parallelen und Unterschiede zwischen marginalisierten Jugendlichen in Deutschland und Frankreich war Thema eines Symposiums an der Fachhochschule Köln. Aus unserem Nachbarland sahen wir 2003 tagelange Unruhen mit brennenden Autos und geplünderten Geschäften. Doch was in den banlieus passiert, ist in unseren „Brennpunktstadtteilen“ nicht vorstellbar. Was sind die Gründe dafür?

Die französische Jugend der Vorstädte hat zu 80% einen Migrationshintergrund, spricht aber ausgezeichnet französisch und fühlt sich als Franzosen. Anders die Situation in Deutschland. Hier wird Sprachkompetenz als der Schlüssel für eine erfolgreiche Integration gesehen (eine Annahme, die das französische Beispiel Lügen straft) und eine mangelnde Identifikation mit Deutschland beklagt.

Armut bedeutet Ausgrenzung. Über ein höheres Niveau an Sozialhilfe und Arbeitslosengeld blieb aber immer noch mehr Geld bei den deutschen Jugendlichen. Das allerdings hat sich mit den Hartz IV-Gesetzen geändert. Auch der nicht mehr mögliche Auszug aus dem Elternhaus unter 25 wird als großes kommendes Konfliktpotential gesehen.

Medien schüren die Angst vor den Jugendlichen aus den Vorstädten und verstärken ihr Gefühl des Ausgestoßenseins. Doch das wichtigste Fazit der Veranstaltung war, dass Umverteilung notwendig ist, um marginalisierten, in die Armut getriebenen Jugendlichen die Chance zu geben, gleichberechtigt ein Teil dieser Gesellschaft zu sein.  
*Andrea Kostolnik*

## Haus des Jugendrechts ist ein Schnellschuss

Die FDP beantragt auf dieser Ratssitzung, dass in Köln in ein oder mehreren Stadtbezirken ein Haus des Jugendrechts als Modellprojekt eingerichtet werden soll. Es soll eine Anlehnung an das Stuttgarter Modell sein. Dabei sind Vertreter der Polizei, der Staatsanwaltschaft und der Jugendhilfe in einem Gebäude untergebracht. Ziel hierbei ist es, die Zeitspanne zwischen Straftat und Urteil durch eine Vernetzung der beteiligten Institutionen und engere Zusammenarbeit zu verkürzen. Um Jugendkriminalität wirklich entgegen wirken zu können, braucht man einen präventiven Ansatz. Der kausale Zusammenhang zwischen Perspektivlosigkeit und Jugendkriminalität ist nicht zu leugnen. Eine wirkliche Lösung des Problems kann nur auf dieser Grundlage geschaffen werden.

Trotzdem muss man auch Wege finden, wie man mit bereits delinquenten Jugendlichen pädagogisch sinnvoll umgehen kann. Um tatsächlich über den Sinn und Unsinn eines solchen Antrages für Köln eine fundierte Aussage treffen zu können, bräuchte man hier einen längeren Diskussionsprozess. Man müsste den Kölner Bedarf besser ermitteln. Denn das Entscheidende hierbei ist es, zu ermitteln, was für die Jugendlichen besser ist. Dabei muss aber auch angemerkt werden, dass selbst das Stuttgarter Modell bis heute aus Kostengründen nicht auf ganz Stuttgart übertragen worden ist. Es existiert lediglich in einem Stadtteil, über eine Ausweitung wird offiziell nicht nachgedacht.  
*Özlem Demirel*

## NS-Gedenkstätte gepflegt

Das seit Monaten im Gremberger Wäldchen durch Vandalismus, Verfall und dem Sturm „Kyrik“ beschädigte Mahnmal und Massengrab der NS-Opfer aus der Sowjetunion ist wieder in einem würdigen Zustand: die Eingangstore wurden erneuert, Teile des Jägerzaunes ausgewechselt, vom Sturm am 18.1.07 umgerissene Birken entfernt und das Grün zurückgeschnitten.

Hier sind insgesamt 74 sowjetische Zwangsarbeiter bestattet, die nahebei in Krankenbaracken ohne jedwede Hilfe ums Leben kamen. Sie liegen dort in der Walderde zusammen mit Opfern von Bombenangriffen sowie Opfern einer Brandmordaktion im April 1945, bei der NS-Schergen das Barackenlager umstellten, es anzündeten und Dutzende Häftlinge unter dem Vorwand von Rache wegen eines von geflohenen Zwangsarbeitern geschlachteten Kalbes erschossen.

*Wolfgang Breuer*



## In den Bezirksvertretungen

### ■ Mülheim

#### Was lange währt, wird endlich...?

„Warum ist die Brücke immer zu?“ fragte mich vor wenigen Tagen ein 10-jähriges Kind, das vor der Fußgängerbrücke in der Paffrather Straße stand. Es wohnt in dieser Straße und kennt die Brücke über die S-Bahn nach Bergisch Gladbach nur in gesperrtem Zustand.

Bereits 1996 wurde ein Bürgerantrag dazu in den Beschwerdeausschuss eingereicht. Schließlich war die Brücke eine wichtige Verbindung der Menschen untereinander und zum Zentrum in Dellbrück.

Der Antrag wanderte im Dezember 1997 in den zuständigen Ausschuss und in die Bezirksvertretung. Am 18.12.97 landete er schließlich im Rat. Abriss und Neubau wurden beschlossen und die Finanzierung positiv beschieden. Seit dieser Zeit begannen die Verhandlungen mit der DB-AG. Sie zogen sich hin, es wurden immer wieder neue Termine für einen Baubeginn genannt. Noch Mitte 2006 gab es nach einer Antwort auf eine Anfrage der Fraktion Die Linke.Köln im Verkehrsausschuss kein Einverständnis der Stadt mit der Bahn.

Zu dieser Ratssitzung kam endlich eine Mitteilung der Verwaltung, die hoffen lässt. Eine Erhöhung der Gesamtkosten wird beantragt, und die Maßnahmen sollen noch 2007 beginnen. Auf Barrierefreiheit wurde angesichts der benachbarten Straßenbrücke verzichtet. Auf eine Kinderwagenspur an den Treppenaufgängen leider auch. Drei Mehrfamilienhäuser sind inzwischen neu gebaut worden. Viele junge Familien mit kleinen Kindern wohnen dort. Und im benachbarten Thielenbrucher Wald gibt es einen großen Spielplatz. „Technisch machbar“, sagt die Verwaltung. Aber die Planung scheint beschlossen. Hoffen wir, dass sich zu guter Letzt doch noch der gesunde Menschenverstand durchsetzt.

*Michael Kellner*

### ■ Mülheim

#### Vorbeugenden Hochwasserschutz beachten

Die Bezirksvertretung Mülheim setzt sich dank der Linken seit längeren Jahren mit dem Projekt „Wohnen am Strom“ auseinander. Nachdem im März der Beschlussvorlage „Regionale 2010 – Projekt Wohnen am Strom“ von SPD, CDU und FDP mehrheitlich zugestimmt wurde, hat Die Linke.Köln in der BV in einem Pressege-

spräch den Bezirksmedien dargestellt, dass die Gefahren des Hochwassers in Mülheim der Bezirkspolitik nicht bewusst sind.

In diesem Zusammenhang haben wir mit einem öffentlichen Schreiben Bezirksbürgermeister Norbert Fuchs aufgefordert, einen Vertreter der Hochwasserschutzzentrale Köln in die Bezirksvertretung einzuladen. Herr Vogt, Leiter der Hochwasserschutzzentrale Köln, kam in die Mai-Sitzung.

Er berichtete über die Notwendigkeit des vorbeugenden Hochwasserschutzes. Das Hochwasserschutzkonzept von 1995 weise auf die besondere Stellung Kölns hin. Das Konzept wie auch das neue Hochwasserschutzgesetz des Bundes schreibe vor, kein Bauland mehr im Überschwemmungsbereich zuzulassen. Kritisch bemerkte Vogt, dass man sich in den letzten vergangenen 12 Jahren nicht an diese Richtlinien gehalten habe.

Die Vertreter der Fraktionsgemeinschaft „GRÜNE-LINKE“ begrüßten die Ausführungen und signalisierten, dass man in Fragen der Bebauungen im Hochwasserschutzgebiet achtsamer vorgehen muss.

Mehr Informationen auf der Website der Hochwasserschutzzentrale [www.hochwasserinfo-koeln.de](http://www.hochwasserinfo-koeln.de)

*Kemal Bozay*

### ■ Kalk

#### BV gegen mehr Sicherheit im Straßenverkehr

Die Linke brachte drei Anträge für mehr Sicherheit im Straßenverkehr ein. Die Kapellenstraße sollte in eine Tempo-30-Zone umgewandelt werden. Raser gefährden dort spielende Kinder und AnwohnerInnen. Die polizeilichen Verkehrskontrollen haben auch zu keinem besseren Ergebnis geführt. Die Grünen enthielten sich, der Rest der Bezirksvertretung lehnte meinen Antrag ab.

Abgelehnt wurde auch der Antrag, die Parkverbotsfläche in der Martha-Mense-Straße deutlich zu kennzeichnen.

Der dritte Antrag sah eine Installation einer akustischen Schrankensignalanlage im Straßenbahnhaltestellenbereich Mülheim der Linie 1 vor. Hier kam es bei blinden und sehbehinderten Bürgern in den letzten Monaten zu einigen Unfällen, da die

Schranke runterkam, ohne dass diese Personen dieses mitbekamen.

SPD und CDU verhinderten diesen Antrag mit den Argumenten, eine akustische Signalanlage sei zu teuer und belästige die Anwohner. In der Beratungszeit wandelte ich den Antrag in einen Prüfantrag um, den der Bezirksbürgermeister nicht zuließ.

Verabschiedet wurde schließlich ein Änderungsantrag der SPD, der eine haptische Anlage mit einem leisen Signalton vorsieht.

Eine haptische Anlage aber stellt für Blinde und Sehbehinderte eine zusätzliche Barriere dar. Wenn eine akustische Anlage mit der Begründung, sie würde viel Lärm erzeugen und viel Geld kosten, abgelehnt wird, aber dann doch noch die haptische Anlage mit einem leisen Signalton versehen werden soll, frage ich mich, wo dann so ein Änderungsantrag seinen Sinn hat.

*Özgür Demirel*

### ■ Porz

#### Vielfalt für ein friedliches Zusammenleben LOS – Projekte feiern in Finkenberg

Gut 200 Bürgerinnen und Bürger konnten sich am Samstag, den 9. Juni beim Stadtteilstoff der aus dem EU-Programm ‚Lokales Kapital für soziale Zwecke‘ (LOS) geförderten Initiativen aus Finkenberg davon überzeugen, dass das in den Medien gezeichnete Negativbild des Porzer sozialen Brennpunktes als Tummelplatz baseballschlägerbewehrter Jugendlicher ein Zerrbild ist.

Vom Kindertheater russischstämmiger Migranten über die deutsch-kurdische Hip-Hop-Gruppe bis hin zu kunstvoll vorgetragenen Roma-Volksliedern wurde eine beeindruckende Vielfalt kultureller Leistungen geboten, von denen sich auch Bürgermeisterin Scho-Antwerpes in ihrem Grußwort zu recht beeindruckt zeigte. Denn es ist eine riesige Leistung der zahlreichen Initiativen und Vereine, die es ohne das aktive ehrenamtliche Engagement besonders auch von Einwohnerinnen mit Migrationshintergrund nicht gäbe, nicht nur jungen

Menschen zwischen Jugendarbeitslosigkeit und Hochhausmauern Mut zu kulturellen Aktivitäten und zum Einsatz für den sozialen Zusammenhalt zu machen.

Doch auch Probleme wie das Auslaufen der Landeszuschüsse für die Schuldnerberatung des deutsch-türkischen Vereins oder die schleppend anlaufende Sanierung kamen zur Sprache. Nicht zuletzt dank Linkspartei-Bezirksvertreter Wolfgang Lindweiler, der sich dafür einsetzte, im Zuge der Sanierung auch den seit Jahren verrotteten Bolzplatz zu erneuern.

*Wolfgang Lindweiler*



## Klimaschutz in Köln: Es gibt noch viel zu tun...

Kommunaler Klimaschutz war Thema eines Seminars der lokalen Agenda 21 Anfang Juni. Vorbildlich ist das Handeln der „Klimaschutzhauptstadt“ Münster. Dort wurden Altbauten nach strengen Klimaschutzauflagen saniert und neue öffentliche Gebäude als Niedrigenergie- und Passivhäuser gebaut. Die Stadt nutzt regenerative Energien optimal aus und erzeugt Energie möglichst durch Kraft-Wärme-Koppelung.

Mit diesen und weiteren Maßnahmen konnte der CO<sup>2</sup>-Ausstoß drastisch reduziert werden. Der Münsteraner produziert rund 1/3 weniger Kohlendioxid als der Durchschnittsbürger in der Bundesrepublik.

München möchte seinen Wert bis 2020 um 40% gegenüber 1990 reduzieren. Ganz wichtig ist dabei, große Teile des Pendlerverkehrs vom Auto in den öffentlichen Nahverkehr zu verlagern. Kraftwerke müssen verstärkt auf Biomasse wie z. B. Holzverbrennung setzen.

Köln dagegen steht mit seinen Bemühungen ganz am Anfang. Hier sind zwar 13 Solarsiedlungen im Stadtgebiet entstanden. Es gibt aber kaum verlässliche Zahlen in Köln, auf deren Basis Ziele zum Klimaschutz vereinbart werden könnten. Lediglich die steigenden Kundenzahlen bei der KVB und der Rückgang des Autoverkehrs in der Innenstadt sind positive Entwicklungen.

Die Linke wird künftig mit anderen dafür Sorge tragen müssen, dass im nächsten städtischen Haushalt Mittel zu diesem Zweck eingestellt werden. Eine Koordinationsstelle muss eingerichtet werden. Weiterhin muss die Möglichkeit geschaffen werden, eine wissenschaftliche Begleitung zu dem Thema Klimaschutz zu finanzieren.

*Michael Weisenstein*

Foto: [www.arbeiterfotografie.com](http://www.arbeiterfotografie.com)



## Kein Formel-1-Zirkus in der Kölner Innenstadt auf Kosten des Klimas

Die Autofirma Toyota wird am 2. September ein Autorennen in der Kölner Innenstadt veranstalten. Das wurde im Ausschuss für Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen mit den Stimmen von CDU, FDP und SPD entschieden. Die Fraktion Die Linke.Köln war strikt dagegen, dieses Rennen zu erlauben.

Der Autoverkehr hat einen wesentlichen Anteil am CO<sup>2</sup>-Ausstoß, der das Klima irreparabel schädigt. In dieser Situation ist ein Formel-1-Rennen in der City ein grundfalsches Signal. Toyota sollte das Geld lieber in Werbung für schadstoffarme Autos stecken statt in Werbung zu unverantwortlicher Raserei. So wird das ökologische Bewusstsein in der Bevölkerung nicht gestärkt.

Auch die Stadt Köln muss einen Beitrag zum Klimaschutz leisten. Städte wie

München, Freiburg oder Münster richten ihr kommunalpolitisches Handeln – etwa was den öffentlichen Nahverkehr oder die örtlichen Energieerzeuger angeht – am Klimaschutz aus. Köln dagegen steht in seinen Bemühungen erst am Anfang.

Ein deutliches Nein zu diesem umweltschädlichen Spektakel wäre ein wichtiger Beitrag für Köln gewesen, mit dem Klimaschutz endlich ernst zu machen. OB Schramma, der kürzlich noch selbst in einem Dienstwagen mit mehr als 300 PS durch die Stadt fuhr, hätte sich auf dem vergangenen Evangelischen Kirchtag in Köln mit seiner Parteikollegin Merkel unterhalten sollen. Denn Schramma wollte dieses Rennen und bleibt damit sogar hinter den mageren Klimaschutzvereinbarungen der Kanzlerin auf dem G8-Gipfel zurück.

*Michael Weisenstein und Jörg Detjen*

## Gewalt bei der Rostocker Demonstration: Ratsmitglied Claus Ludwig macht Polizei und Regierung verantwortlich

Claus Ludwig sieht die Demonstration als einen Erfolg, weil trotz der Repressionen im Vorfeld 80.000 Menschen nach Rostock gekommen sind.

„Es darf nicht vergessen werden: die Gewalt in dieser Welt geht von Staaten und Konzernen aus, die für ihre Macht- und Profitinteressen Kriege führen und Verhältnisse zementieren, die für Hunderte Millionen Armut und Elend bedeuten.“

Nach Ludwigs Auffassung ist die aggressive Stimmung durch eine monatelange Kampagne geschaffen worden. Die G8-Gegner wurden in die Nähe von Gewalttättern und Terroristen gerückt.

Ludwig erlebte die Übergriffe der Polizei auf dem Kundgebungsort:

„Die Polizei ist gegen 15 Uhr auf den Platz gestürmt und hat die Demonstration angegriffen. Dagegen haben sich viele Tausend Menschen gewehrt, teilweise militant. Die Leute haben sich nicht spalten lassen sondern gemeinsam den Rückzug der Einsatzkräfte durchgesetzt und die Demonstration verteidigt.“

Dafür hat sich die Polizei ab ca. 17 Uhr 'gerächt' und die gesamte Kundgebung mit Wasserwerfern und Tränengas attackiert. Ich habe beobachtet, wie ohne jede Rücksicht Wasserwerfer auf Menschenmengen losgerast sind.“

Das Verhalten einiger Demonstranten hat nach Ludwigs Auffassung leider der Polizei und den Regierenden in die Hände gespielt:

„Einige Aktionen hatten mit berechtigter Gegenwehr nichts zu tun. Wer ein einzelnes Polizeifahrzeug attackiert, Autos in Brand setzt, Feuerwehrleute angreift oder andere Demonstranten durch Steinwürfe aus den hinteren Reihen gefährdet, handelt verantwortungslos und hilft – gewollt oder ungewollt – Polizei und Politikern dabei, die Proteste zu kriminalisieren, Menschen vom Protest abzuschrecken und die Rostocker Bevölkerung gegen die G8-Gegner aufzubringen.“

„Ich fühlte mich streckenweise an Genau 2001 erinnert, als Polizei-Provokateure und Neonazis die Randalen anheizten und Vorwände lieferten, die gesamte Demonstration mit polizeilicher Gewalt zu überziehen, wie es die Berlusconi-Regierung von vorneherein geplant hatte.“



**Keine ProKöln/Nazi-Post  
in diesen Briefkasten!**

**gemeinsam  
gegen sozialraub**

www.gemeinsam-gegen-sozialraub.de  
VGSB: Claus Ludwig, c/o GgS, Streppelstr. 11, 51103 Köln

**Dieser Aufkleber kann über GgS bezogen werden. Bitte  
per mail melden: [info@gemeinsam-gegen-sozialraub.de](mailto:info@gemeinsam-gegen-sozialraub.de)**

# Aus den Ausschüssen:

## ■ Ausschuss Bauen und Wohnen

### Stadt Köln sucht günstige Wohnungen

Auf der letzten Sitzung des Ausschusses Bauen und Wohnen am 11.6.2007 stellte die Verwaltung einen neuen Service des Wohnungsamtes vor. Vermieter, die „angemessenen“ Wohnraum für Hartz-IV-Empfänger haben, können sich dort melden. Eine Nachfrage des Sachkundigen Einwohners der Fraktion, Bernd Weber, ergab, dass dafür keine zusätzlichen Kräfte eingestellt würden – also auch keine 1-Euro-Jobber. Da werden die Telefone sicher heiß laufen.

Peter Udsching, vorsitzender Richter am 7. Senat des Bundessozialgerichts sagte, dass Hartz-IV-Empfänger Anspruch auf angemessenes Wohngeld haben. „Die Leute haben einen Anspruch darauf, in ihrer Gemeinde mit den Kosten für angemessenes Wohnen versorgt zu werden“, so Udsching. „Alle Gemeinden sind jetzt gezwungen zu erheben, welchen Wohnraum es bei ihnen zu welchem Preis gibt“, äußerte er sich gegenüber der ZEIT. Er meinte weiter, dass auch ein Mietspiegel nicht der Maßstab sein könne, da dieser nicht erfasse, was neu zu vermietende Wohnungen kosten.

Es häufen sich die Fälle, in denen die Stadt nicht die vollen Wohnkosten übernimmt und die Hilfebedürftigen aufgefordert werden, einen Teil davon aus ihrer Grundsicherung von 345,- EUR selbst zu tragen. „Niemand muss umziehen“, sagte Sozialdezernentin Marlies Bredehorst. Damit stellt sie die Betroffenen vor die Wahl Nahrung oder Wohnung. Ob der neue Service wohl eine ernst gemeinte Maßnahme ist, die Vorgabe des Bundessozialgerichts umzusetzen?  
*Bernd Weber*

## ■ Jugendhilfeausschuss

### Keine Leuchtturmprojekte, sondern Förderung der Schwächsten

Mit 1,1 Mio. Euro Elternbeiträgen ist in der Offenen Ganztagsgrundschule nicht gerade viel zu verteilen. Ein Drittel davon soll an Schulen mit besonderem Jugendhilfebedarf sowie an 12 Förderschulen gehen. Das ist unumstritten. Schließlich sind 2.560 Euro je Gruppe und Jahr für benachteiligte Kinder nicht mehr als ein Tropfen auf den heißen Stein.

Für das restliche Geld soll eine Gruppe pro Schule künftig bis 17 Uhr öffnen. Das sollte die Situation berufstätiger Eltern entspannen. Gibt es keinen Bedarf, sollten die Ferienöffnungszeiten ausgeweitet werden.

Doch auf Druck der Liga der Wohlfahrtsverbände, FDP und CDU wurden diese Bestimmungen aufgeweicht. Nun können die Schulen, die keinen Bedarf sehen, das Geld auch in „Angebote mit qualitativem Bildungscharakter“ stecken. Bleibt zu hoffen, dass Schulen auch dann länger öffnen, wenn lediglich einige wenige Eltern die längere Betreuungszeit dringend brauchen. Sonst bleibt die Vereinbarkeit von Kindern und Beruf für ganztags Arbeitende ebenso wie für Alleinerziehende auf der Strecke.

Nicht durchsetzen konnten sich FDP und CDU mit einem Fonds über 50.000 Euro für besondere Schulprojekte.

Hier sollte ein Leuchtturmprojekt für Schulen, denen es ohnehin gut geht, gestartet werden. Schulen dagegen, an denen es „brennt“, werden die Arbeitszeit ihres Personals dazu brauchen, im Überfluss vorhandene Probleme zu lösen. Hier zu glauben, diese Schulen könnten tolle neue Projekte entwickeln, ist eine Illusion.

Während die FDP die Jury immerhin noch einigermaßen breit besetzen wollte, sollten bei der CDU neben zwei Alibi-Männern oder Frauen aus Wissenschaft und Verwaltung Vertreter/innen der vier großen Parteien die förderungswürdigen Projekte auswählen. Unverhohlenen kann man nicht zeigen, dass einem Parteiinteressen und Klientelwirtschaft vor Sachverstand gehen!  
*Andrea Kostolnik*

## ■ Ausschuss für Soziales und Senioren

### Arbeitslosengeld II und die Vorlage von Dokumenten

Die Fraktion Die Linke. Köln erhält immer wieder Anrufe, in denen sich betroffene BeziehungsInnen von ALG II entrüstet darüber äußern, welche Dokumente sie nicht nur bei Erstanträgen, sondern auch bei Folgeanträgen vorlegen müssen. Sie hat die Beschwerden und Fragen gesammelt und schließlich im Sozialausschuss dazu eine Anfrage gestellt.

Die Verwaltung will auch beim Folgeantrag eine Kopie des Sozialversicherungsausweises und die lückenlosen, ungeschwärtzten Kontoauszüge der vergangenen drei Monate sehen.

Anders sieht sie die Vorlage der Kran-

### Köln-Pass-Ticket nutzen inzwischen schon ein Drittel der Anspruchsberechtigten

Mobil sein in Köln – das kostet ganz schön viel Geld. 59,30 Euro beträgt der Normalpreis für ein KVB-Monatsticket. Köln-Pass-Inhaber zahlen dafür nur 25 Euro. Am Wochenende und nach 19 Uhr können sie dazu noch weitere anspruchsberechtigte Menschen kostenlos mitnehmen. Diese Vergünstigung nutzen inzwischen 63.000 Menschen, das sind 37% aller Anspruchsberechtigten. Das ergab eine Anfrage von Michael Weisenstein, der für Die Linke.Köln in den KVB-Aufsichtsrat gewählt wurde.

Die Linke.Köln wird deshalb weiter mit ihrer Postkarte Werbung für den Köln-Pass

machen. Wenn nur ein Drittel der Berechtigten diesen Service nutzt, können nicht alle davon wissen.

**2000 schafften CDU+FDP  
den Köln-Pass ab ...  
2007 gibt's ihn wieder!**

DIE LINKE.PDS / GEMEINSAM GEGEN SOZIALRAUB  
**DIE LINKE.KÖLN**  
FRAKTION IM RAT DER STADT KÖLN

[www.die-linke-koeln.de](http://www.die-linke-koeln.de)

kenversichertenkarte beim Folgeantrag: „Die Vorlage wird nicht verlangt, soweit diese noch Gültigkeit besitzt und der ARGE eine Kopie vorliegt.“

Ähnlich sieht es mit dem Mietvertrag nebst einer Mietbescheinigung durch den Vermieter/die Vermieterin und einer Erklärung über die Miethöhe und Nebenkostenabrechnung aus. Wenn eine Kopie des Mietvertrages bereits in den Akten vorhanden ist, muss eine erneute Mietbescheinigung nur vorgelegt werden, wenn sich Änderungen ergeben haben. Eine Nebenkostenabrechnung ist dagegen nach jedem Abrechnungszeitraum vorzulegen.

Diese Antworten schaffen Klarheit. Sie machen aber auch deutlich, dass es offensichtlich immer wieder SachbearbeiterInnen gibt, die den AntragstellerInnen mehr an Vorlagen abverlangen, als notwendig ist.

Völlig unverständlich und für die Fraktion Die Linke.Köln nicht akzeptabel ist die Vorlage der „lückenlose(n) und ungeschwärtzte(n) Kontoauszüge für die vergangenen drei Monate, gerechnet ab Datum der Antragstellung.“

Weiter heißt es in der Antwort: „Dabei ist es unerheblich, ob konkrete Anhaltspunkte für einen Leistungsmissbrauch (bei laufenden Leistungsfällen) vorliegen bzw. grundsätzliche Zweifel an der Hilfebedürftigkeit bestehen.“ Das verträgt sich nicht mit Urteilen des Landessozialgerichts NRW und dem Hessischen Landgericht. Beide halten den Verdacht auf Leistungsmissbrauch für die Voraussetzung, ungeschwärtzte Kontoauszüge zu verlangen.

Für Betroffene ist es nicht nachvollziehbar, wenn die ARGE das SGB II anders auslegt als die Sozialgerichte einzelner Länder.  
*Michael Kellner*

# Initiative „Bäder für alle“ gegründet

Auf ihrem Treffen, am Montag, 4. Juni, haben interessierte Einwohner in Nippes die Initiative „Bäder für Alle“ gegründet. Von den Anwesenden wurde folgende Resolution verabschiedet, mit der sie sich an die Verantwortlichen aus Politik und Verwaltung und an die Öffentlichkeit wenden:

Wir wollen, dass die 109.000 Einwohner in Nippes wenigstens ein öffentliches Bad im Stadtbezirk zu ihrer Verfügung haben.

Wir sind bereit, uns im Rahmen unserer Möglichkeiten für den Erhalt und Betrieb des Bades zu engagieren. Der Kölner Norden ist bezüglich Erholungs-, Sport- und Freizeitmöglichkeiten unterversorgt. Um so wichtiger ist hier ein Bad, das allen Bürgerinnen und Bürgern offen steht.

Daher ist die Wiedereröffnung und entsprechende Ausweitung der Öffnungszeiten nötig, damit alle Einwohner das Schwimmbad nutzen können. Der Charakter des Bades muss dabei erhalten bleiben, also weiterhin Schwimmbad statt sogenanntes 'Spaßbad'. (1998, vor der Umwandlung in eine GmbH, hatte das Nippeser Bad 94.000 Besucher. Nach einer Reihe von Preiserhöhungen, Verkürzung der



Öffnungszeiten und zuletzt Umwandlung in ein Gruppenbad, waren es nur noch 15.000 Besucher im Jahr 2006, jeweils ohne Schulen und Vereine.)

Unter einem Bürgerbad verstehen wir ein Bad, das von der Stadt bzw. Bäder GmbH betrieben wird und bei dem die Bürger ein Mitspracherecht bei der Ausgestaltung und Nutzung des Bades haben. Unsere Vorstellungen von einem Bad für alle Bürger sind:

Das Nippes-Bad wird wieder der Öffentlichkeit zugänglich gemacht. Die Stadt bzw. Bäder GmbH bleibt Eigentümer und Betreiber. Die Beschäftigten bleiben unverändert bei der Bäder GmbH.

In dem Bad stehen der Stadt Köln weitere Wasserflächen für Vereins- und Schulschwimmen zur Verfügung.

Stadt bzw. Bäder GmbH garantieren den Betrieb des Bades und nehmen die notwendigen Sanierungen vor.

Die Schwimmbadnutzer gründen einen Bäderrat. Der Bäderrat hat die Aufgabe, die Bedürfnisse und Anregungen der Einwohner für eine Nutzung des Bades aufzugreifen und in Zusammenarbeit mit der Stadt bzw. Bäder GmbH Vorschläge zur effizienten Nutzung des Bades zu erarbeiten. Das betrifft u.a. die Öffnungszeiten, Gestal-

tung der Eintrittspreise, Kursangebote, Nutzung des Außengeländes, zweckmäßige Sanierung, Möglichkeiten der Energieeinsparung.

Wir erwarten, dass Vertreter des Rates, der Bezirksvertretung, der Stadtverwaltung und der Bäder GmbH spätestens bis Ende September im Rahmen einer öffentlichen Bürgerversammlung ein Konzept zur Nutzung und Fortführung des Bades vorstellen, das die Bedürfnisse nach Erholung, Sport, Gesundheitsförderung und Projekte wie „Schwimmen macht Schule“, berücksichtigt.

Am 1. Juni feierte das Weidener Schwimmbad dreißigjähriges Bestehen. Das wurde im Bad und wegen des guten Wetters natürlich auch in den Außenanlagen gefeiert. Anwesend waren viele Freunde des Bades aus den Sportvereinen, Nutzer und Nutzerinnen und der Stadtsportbund. Für die Fraktion Die Linke.Köln hörte sich der Fraktionsvorsitzende Jörg Detjen an, was Freunde und Beschäftigte des Hallenbades auf den Nägeln brennt. Es entwickelte sich eine konstruktive Diskussion über das Bäderkonzept und die Weiternutzung als Bürgerbad.

Andrea Kostolnik

## Polizei korrigiert groteske Falschmeldung über Ratsmitglied der Fraktion Die Linke.Köln

In einem Gespräch mit unserem Ratsmitglied Claus Ludwig hat der Pressesprecher der Polizei, Jürgen Laggies, am Montag, 18.6.07, bestätigt, dass die über die Pressestelle der Polizei und der Stadt Köln und dann von den Medien verbreitete Meldung über dessen Festnahme unwahr ist (Am Samstag wurde u.a. berichtet: „Der Ratsherr Claus Ludwig habe die von der Polizei festgehaltenen Rechtspopulisten mit autonomen Linken verwechselt ... Er habe sich irrtümlich für die rechte Gruppe eingesetzt“).

Laut Laggies ist der Demonstrant, dessen Festnahme Ludwig angeblich verhindern wollen, kein Rechter. Ludwig habe sich in der antifaschistischen Demonstration auf der Venloer Str./Barthonia-Forum aufgehalten und sei festgenommen worden, als diese von einer Polizeikette gestoppt wurde.

Jörg Detjen, Vorsitzender der Linksfraktion im Rat, fordert die Kölner Medien und die Pressestelle der Stadt auf, umgehend ihre Berichterstattung zu korrigieren und die Richtigstellung öffentlich zu verbreiten, soweit das noch nicht geschehen ist.

Im Übrigen steht es nicht in der Kompetenz der städtischen Pressestelle bzw. des Oberbürgermeisters Erklärungen über wie auch immer geartete Aktivitäten von Ratsmitgliedern abzugeben, v.a., wenn das betroffene Ratsmitglied bzw. seine Fraktion nicht einmal die Möglichkeit haben, zu dem

Vorgang Stellung zu nehmen. Unklar ist noch, warum die Polizei die Falschmeldung überhaupt herausgegeben und bis Montag Mittag weiter verbreitet hat. Polizei-Pressesprecher Laggies konnte bzw. wollte dazu keine Angaben machen.

Michael Kellner, Fraktionsgeschäftsführer

Am Samstag, den 26. Mai führten alle demokratischen Parteien im Rat der Stadt Köln und der Bezirksvertretung Ehrenfeld mit Oberbürgermeister Schramma einen Informationsstand in Köln-Ehrenfeld durch. Mit einem Falblatt unterrichteten sie die Menschen über die bevorstehende Bürgerbeteiligung zur Planung der Moschee und des Kulturzentrums der DITIB an der Venloer Straße. Im Bild die Fraktionsvorsitzende von Die Linke in der Bezirksvertretung Ehrenfeld, Yesim Yesil (3. von links), im Gespräch mit Anwohnern und Anwohnerinnen.



# Moscheebau ohne Wenn und Aber



**Rassismus**

Die Mehrheit der Fraktion Die Linke.Köln unterstützt den Bau der Moschee. Bereits im Kommunalwahlprogramm 2004 hatten wir diesen Schritt angekündigt. Leider gibt es in der Fraktion, aber auch bei einigen linken Kräften und Gruppen in Köln Bedenken, so auch bei MigrantInnenorganisationen. Die Vorbehalte haben oft mit schlechten Erfahrungen mit islamistischen Gruppen in ihrem Heimatländern zu tun.

Unter dem Motto „Religion ist doof“ werden aber auch Vorbehalte entwickelt, die letztlich darauf hinaus laufen, den Grundsatz „Gleiche Rechte für alle“ auszuhebeln.

Letzten Endes geht es um die Frage, ob eine repräsentative Moschee gebaut werden soll oder nicht. Da kann man nicht mit Ausflüchten oder Religionskritik antworten. Jetzt muss man Ja sagen und nicht Jein. Dabei ist der rechtliche Rahmen völlig klar. DITIB hat das Recht, die alte Moschee abzureißen und eine neue zu bauen.

Es gibt eine starke Minderheit in dieser Stadt, die die Moschee nicht haben will und gezielt hintertreibt. Für eine emanzipatorische

Politik einzutreten bedeutet hier und heute, diesem Druck nicht nachzugeben und darauf zu bestehen, dass alle Religionsgemeinschaften die gleichen Rechte erhalten. Es gibt große und repräsentative christliche Kirchen und eine repräsentative Synagoge in Köln. Warum soll es nicht auch repräsentative Moscheen in Köln geben? Denn das scheinen viele Muslime zu wünschen.

Oberbürgermeister Schramma strickt schon an einem neuen Konzept „Rechts und Links“ würden sich an der Moscheefrage gegenseitig hochschaukeln, auf Kosten der Ehrenfelder. Diese Gleichsetzung ist eine Unverschämtheit! Die Demonstranten gegen den Nazi-Aufmarsch haben die Demokratie in doppelter Hinsicht verteidigt: Gegen Rechts und für eine neue, schöne Moschee in Ehrenfeld. Schramma dagegen steht abseits und die CDU versucht, mit Auflagen und Bedingungen den Bau der Moschee zu zerreden.

*Jörg Detjen, Fraktionsvorsitzender*

Vor wenigen Tagen jährte sich zum dritten Mal der Tag, an dem eine Nagelbombe in der Keupstraße in Köln-Mülheim explodierte. Nur durch Zufall gab es keine Toten, dafür großen Sachschaden, traumatisierte türkische Kölnerinnen und Kölner und Verunsicherung und Angst bei vielen Menschen. Spontan halfen viele Kölner. Allen war klar, das kann jeden von uns treffen. Ich hatte den Eindruck, die Menschen waren sich näher gekommen, hatten mehr Verständnis für den anderen entwickelt.

Drei Jahre später sieht Köln anders aus: Statt Verständnis sind auf einmal Minarette angeblich höher und zweifelhafter als Kirchtürme, und Predigten in türkischer Sprache lauter und verdächtiger als in Italienisch, Griechisch oder Deutsch.

Das liegt nicht daran, dass DITIB an der Venloer Straße ihr bestehendes Gemeindezentrum durch ein wunderschönes Bauwerk erneuern will, sondern daran,

## Rede von Jörg Detjen auf der Kundgebung

dass nicht nur von Rechtsextremen, sondern auch von bürgerlichen Kräften der Islam als Bedrohung aufgebaut wird. Themen wie Integration, Flüchtlingspolitik und das Baurecht werden in einen großen Topf geschmissen. Es darf nicht sein, dass diese Diskussion zu einem Kulturkampf ausartet.

Von der CDU werden jetzt absurde Bedingungen für den Bau der Moschee gemacht, die mit dem Baurecht oder gar mit Ordnungsrecht überhaupt nichts zu tun haben. So soll im DITIB-Kulturzentrum „nur Deutsch“ gesprochen werden und das Bauwerk „soll sich optisch ins Stadtbild einfügen“. Diese Bedingungen sind undemokratisch, sittenwidrig, schüren Vorurteile und sollen das ganze Projekt zerreden!

„Gleiche Rechte für alle“ ist eine alte Forderung der französischen Revolution

und der deutschen Linken, die immer noch hoch aktuell ist. Auch wenn es die Linke nicht so mit der Religion hat, – obwohl der ein oder andere von uns schon mal missionarisch auftritt – ist die Freizügigkeit der Menschen für uns unverzichtbar, und dazu gehört auch die freie Religionsausübung. Deshalb setzen wir uns für den Bau der Moschee ein.

Eine moderne Zivilgesellschaft braucht die Bekenntnisfreiheit, die alle Glaubensrichtungen umfasst. Wir müssen uns befreien von Diskriminierung, Vorherrschaft und Intoleranz. Lassen Sie uns für eine aufgeschlossene, aufgeklärte, offene und solidarische Gesellschaft engagieren.

Kämpfen wir gemeinsam gegen jede Art von Vorurteilen, gegen Rassismus, Rechtsextremismus und Antisemitismus!

## Moscheebau – eine dritte Alternative ist gefragt

Nach wie vor hetzt die rechte und rassistische Bürgervereinigung Pro Köln gegen den Bau der Moschee und damit zusammenhängend gegen die muslimische Bevölkerung in Köln. Auch nimmt die CDU in diesem Punkt eine eher heuchlerische Position ein. Während sie immer und überall an vorderster Stelle die größte Befürworterin der Kirche ist, stellt sie Forderungen, wie z.B. die „Predigten auf Deutsch“ oder „kleinere Minarette“. Dies ist scheinheilig.

Dennoch ist es falsch, die Moschee als einen großen Beitrag zur Integration darzustellen. Moscheen waren und sind immer noch eines der Zentren, in denen sich Muslime abschotten und isolieren. Deshalb ist die Vorstellung, dass eine möglichst große Moschee den Integrationsprozess vorantreiben wird, absurd! Erst recht, wenn das Bauvorhaben des muslimischen Dachverbandes DITIB über ein Gotteshaus hinausgeht. Die Religionsfreiheit ist ein unantastbares de-

mokratisches Recht. Aber das bedeutet nicht automatisch, dass möglichst große Moscheen unterstützt werden müssen. In Köln gibt es ausreichend Plätze, wo Menschen muslimischen Glaubens ihren Glauben praktizieren können. Die DITIB hat das Recht, auf ihrem Grundstück zu bauen. Aber eine derartige Diskussion über den Bau einer Großmoschee spaltet unsere Stadt jetzt in Moscheebefürworter und -gegner, verstärkt gegenseitige Vorurteile und ist somit dekonstruktiv. Diese Diskussion schafft gesellschaftliche, soziale Probleme und vor allem das Integrationsproblem nicht ab, sondern spaltet die Menschen unserer Stadt in Muslime und Christen. Integration ist das Zusammenkommen und Zusammenfinden von Menschen unabhängig von ihren nationalen, religiösen oder ethnischen Hintergründen. Der gemeinsame Kampf für eine bessere, demokratische, friedliche und soziale Stadt ist entscheidend.

Dafür darf man sich nicht in Deutsche und Ausländer, in Muslime und Christen spalten lassen. Stattdessen sollten wir all unsere Kräfte bündeln, um eine soziale Stadt einzufordern und auszuweiten.

Pro Köln argumentiert rassistisch. Wir müssen realistisch sein und erkennen, dass reaktionäre Kräfte egal welcher Art die Integration nicht fördern werden, unabhängig davon, was sie sagen oder behaupten. Sonst wäre die Integration schon längst vollbracht!

Entscheidend für die Integration ist: Auch Jugendliche mit Migrationshintergrund brauchen Zukunftsperspektiven. Erst wenn Menschen mit Migrationshintergrund sich als Teil dieser Gesellschaft verstehen und die Mehrheitsgesellschaft diese als Bürger mit Migrationshintergrund sieht, sollten nicht einmal „Gotteshäuser“ dem Integrationsprozess Steine in den Weg legen können.

*Özlem Demirel*

# Platzj abbeck

Bitte kosten los schicken

Ja, ich möchte regelmäßig Informationen über die Arbeit der Fraktion Die Linke.Köln im Rat der Stadt Köln erhalten. Bitte schicken Sie den „Platzj abbeck“ kostenlos und unverbindlich an folgende Adresse:

Name, Vorname

Straße, Postleitzahl, Ort

Die Linke.Köln, Fraktion im Rat der Stadt Köln  
Gülichplatz 1-3, Postfach 103 564, 50475 Köln  
Tel. 221-278 40, Fax 221-278 41

email: DieLinke.Koeln@stadt-koeln.de V.i.S.d.P. Jörg Detjen

## Fraktion empfängt Euromarschierer in Köln

Am Pfingstsonntag machten Teilnehmer der Euromärsche gegen Existenzunsicherheit, Armut und Ausgrenzung Station in Köln. Sie waren auf dem Weg nach Heiligendamm, um sich den Protesten gegen den G8-Gipfel anzuschließen. Auf dem Weg dorthin machten sie eine Woche lang in verschiedenen Städten Station, um sich mit Aktiven auszutauschen und gemeinsam Aktionen gegen Sozialabbau und Prekarisierung durchzuführen.

Die Fraktion hieß die Franzosen, Niederländer und Belgier herzlich willkommen in der Stadt, die auch Sitz vieler „Global Player“ ist. Ihre zentrale Losung „Gleiche soziale Rechte für alle überall!“ ist auch Motto der linken Stadtratsarbeit, so der Fraktionsvorsitzende Jörg Detjen.

Die „Kölner Erwerbslosen in Aktion“ (KEAs) sorgten mit der Verpflegung für die materielle Grundlage eines erfolgreichen



Kampfes. Die Fraktion überreichte den Aktivisten ein Bild des „Platzj abbeck“, der

Ratshausfigur, die der Obrigkeit die Zunge rausstreckt. *Andrea Kostolnik*

## Die Landesregierung hat einen Vogel...

...und der heißt KiBiz. Er hört sich nur so an wie der schöne große Kiebitz mit seinem langen Schopf und seinem metallfarbenen Oberkleid. Im Grunde ist der KiBiz der Landesregierung nur ein mieser kleiner Abklatsch. Die Titelseite des nds, des Magazins der GEW, drückt es treffend aus: „Große Erwartungen – wenig Geld.“ Worum geht es?

Am 22.05.2007 verabschiedete das Kabinett den Entwurf für das „Gesetz zur frühen Bildung und Förderung von Kindern (KiBiz)“. Mit diesem Gesetz wird das „Gesetz über die Tageseinrichtung für Kinder (GTK)“ ersetzt. Die Einführung spricht von einem „modernem Gesetz“ und von „bestmöglicher frühkindlicher Förderung für jedes Kind“.

Die Spitzenverbände der freien und öffentlichen Jugendhilfe und die im „Forum Förderung von Kindern“ zusammengeschlossenen Initiativen einschließlich

der Gewerkschaften halten die angebliche Verbesserung der frühkindlichen Bildung, Erziehung und Betreuung allerdings eher für eine Verschlechterung. Die groß angekündigte Anhebung der Landeszuschüsse kann die Einsparungen im laufenden Haushaltsjahr nicht kompensieren. Dazu kommt der Wegfall des Ausgleichs des Elternbeitragsdefizits. Qualitätssteigerung ist mit Ressourcenkürzung nicht zu haben!

Das Hauptproblem mit dem Gesetz liegt aber wohl bei der Einführung der Personalkostenpauschalen für die Finanzierung von Betreuungsgruppen mit verschiedenen Größen und Betreuungszeiten. Die Finanzierung hängt so im Wesentlichen von der Nachfrage der Eltern ab. Das Risiko müssen die Träger und Einrichtungen tragen.

Die Folgen werden Zwangsteilzeit, Lohndruck und untertarifliche Bezahlung sein. Weniger Personal muss mehr Aufga-

## Bleiberecht: Keiner soll durch das Netz fallen!

Die Bleiberechtsregelung für geduldete Menschen wird in Köln bisher nur schleppend umgesetzt. Von den ca. 3300 in Frage kommenden Personen haben mit 1.600 fast die Hälfte keinen Antrag gestellt. Einige von ihnen wahrscheinlich, weil sie nichts von dieser Möglichkeit wissen. Damit das nicht so bleibt, werden sie jetzt noch einmal von der Stadt angeschrieben. Der gleichlautende Vorschlag des Fraktionsmitgliedes Jörg Detjen im Ausschuss für Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen ist angenommen worden.

ben bewältigen. Auf ihren Vogel KiBiz kann die Landesregierung wirklich nicht stolz sein!

*Michael Kellner*